



VERLEGER DROHEN LESERN:

Wenn der Staat nicht hilft, ist Schluss mit Zeitungszustellung

Von LUP0 | Der Offenbarungseid der deutschen Presse war seit längerem abzusehen, aber er kommt erbärmlich dreist. Der Staat, das heißt, die Steuerzahler sollen die Zeitungen gefälligst vor dem finanziellen Abwärtstrend retten und bei der Zustellung von Tageszeitungen helfen. Gleichzeitig wird damit gedroht, dass sonst Lesern keine Zeitungen mehr zugestellt werden könnten, wo es sich für die Verlage wirtschaftlich nicht mehr lohnt. Das SPD-geführte Bundessozialministerium mit Minister Heil steht schon stramm und prüft derzeit eine „Unterstützung der Zeitungszustellung“.

Dietmar Wolff, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger e.V. (BDZV), [lässt in einem Gastbeitrag](#) in der SPD-dominierten Madsack-Mediengruppe aus Hannover (u.a. Hannoversche Allgemeine) die Katze aus dem Sack. Die deutschen Zeitungsverlage seien mit ihrem Vertriebsnetz erstmals an ihre Grenzen gelangt. Die Logistikkosten seien extrem gestiegen, gleichzeitig würden die Abozahlen sinken. Die Werbeerlöse schrumpften, neue Zusteller seien schwer zu finden. Bei den Zeitungen sei die

flächendeckende Zustellung ernsthaft gefährdet, speziell auf dem Land.

Natürlich – da muss der Staat doch helfen, fordert der Geschäftsführer frech. Schließlich erfüllten die Zeitungen laut Pressegesetz eine öffentliche Aufgabe. Dann droht er unverhohlen: „Niemand kann aber Verlage dazu zwingen, auch solche Zustellungen fortzuführen, die sich betriebswirtschaftlich nicht mehr vertretbar abbilden lassen“.

Und weiter:

Die Leser seien (noch) nicht bereit, auf digitale Angebote auszuweichen. Wenn Zustellgebiete nicht mehr beliefert werden und Leser keine Printzeitungen mehr erhielten, würde über diese Gebiete redaktionell auch nicht mehr berichtet, droht Wolff an.

Dann schwingt der Zeitungsfunktionär die Nazi-Keule: Das so entstehende Vakuum würde „polarisierenden und hetzenden Extremisten in die Hände spielen“. Hier seien die Tageszeitungen eine „nicht zu unterschätzende Stütze der Demokratie“.

Das klägliche Jammern der Zeitungsverleger verschlägt einem die Sprache. Denn die wirtschaftlich prekäre Lage ist selbstverschuldet. Nach Ansicht des Verlegerverbands soll aber das Internet und die demografische Entwicklung schuld am Niedergang der Presse sein. Das ist schlicht falsch!

Denn während die Printpresse kontinuierlich den Bach runtergeht, prosperieren die Besuchs- und Verkaufszahlen der freien Medien online wie gedruckt. Gerade hier auf diesem Blog hat PI-NEWS-Autor Peter Bartels als exzellenter Kenner der Szene am Beispiel von BILD regelmäßig auf sinkende Auflagen wegen leserferner Berichterstattung hingewiesen und die Gründe benannt.



Zeitungen wie BILD und andere mediale Schwergewichte machten sich u.a. zum Steigbügelhalter für die falsche Migrationspolitik der Altparteien und bezahlten das mit millionenfachen Verlusten bei der Auflage. Sogar Springer-Vorstandschef Döpfner [klagte zuletzt öffentlich](#) darüber, dass sich der deutsche Journalismus vielfach nachteilig vom Leser abgekoppelt habe.

Der tägliche Wahnsinn allein beim politischen Battlefield Migration (siehe das juristische und [mediale Gewürge](#) um den abgeschobenen und über offene Grenzen wiedereingereisten Miri-Clan-Chef) wird von der Tagespresse fast apathisch hingenommen, anstatt die verantwortliche Politik knallhart zur Rechenschaft zu ziehen. Der Niedergang der Presse ist tatsächlich weitgehend der Retourkutsche vieler Leser geschuldet, die den alltäglichen in Blei gegossenen Irrsinn, das geschönte politische Unvermögen, die Pflege der politisch erzeugten Ohnmacht, die Meinungs-Maulkörbe und die politisch gepushte Denunziation nicht mehr ertragen können und sich von der Tagespresse abwenden.

Wenn jetzt der Hauptgeschäftsführer der deutschen Zeitungsverlage behauptet, die „journalistische Unabhängigkeit“ bliebe trotz staatlicher Hilfe „auf alle Fälle gewahrt“, so ist das nur lächerlich zu nennen. Das Gegenteil

wird eintreten: die Presse wird gegenüber der Politik noch abhängiger und willfähriger. Der Gefälligkeitsjournalismus wird weiter fröhliche Urständ feiern. Eine Ab- und Umkehr vom falschen politischen Weg der Altparteien ist nicht erkennbar, siehe Thüringenwahl.

Es wird eher noch schlimmer kommen. Eine Verschärfung des Denunziationsgesetzes NetzDG ist schon geplant, die Meinungsfreiheit wird sinken. Deutschland ist wieder soweit, dass der Nachbar als „Extremist“ verpöflicht, der AfDler aus dem Job gedrängt wird. Die mit Steuergeld bezahlten NGOs sind die neuen Blockwarte Deutschlands. Es bedarf keiner Gleichschaltung mehr, man hat sich freiwillig versklavt.

Fast pervers: bezahlt werden soll solcherart alimentierter Journalismus von den Lesern selbst, und die sollen – bitteschön – noch dankbar sein, meint Wolff: die Förderung der flächendeckenden Zustellung durch den Staat/Steuerzahler/Leser sei ja eine „sinnvolle Übergangshilfe“ bis zur „vollständigen Digitalisierung für die Verlage, die Leser und die demokratischen Strukturen“.

Schamlos zu nennen ist die Tatsache, dass SPD-Sozialminister Hubertus Heil federführend bei der Hilfsaktion ist. Damit greift ein SPD-Mann gleichzeitig auch der eigenen Partei als einer der [größten Medienunternehmen der Nation](#) kräftig unter die Arme.